

## Der Reichstag offiziell einberufen.

Berlin. (Hauptstadt.) Der Präsident des Reichstags, Goering, hat auf Grund der Artikel 23 und 27 der Reichsverfassung den neugewählten Reichstag auf Dienstag, den 21. März 1933, nachmittags 5 Uhr, offiziell zusammenberufen.

Berlin. (Hauptstadt.) Im Zusammenhang mit der nun offiziell erfolgten Einberufung des neuen Reichstags verläutet in der Reichstagsverwaltung, daß der feierliche Staatsakt in der Potsdamer Garnisonkirche, der der Reichstagsöffnung vorangehen soll, am 21. März, 12 Uhr mittags, stattfindet, im Anschluß an die um 11 Uhr gleichfalls in Potsdam beginnenden Gottesdienste der beiden Konfessionen.

Demgegenüber wird im Reichsinnenministerium, von dem die Einladungen für die feierlichen Potsdamer Veranstaltungen ausgehen, betont, daß zur Stunde ein zeitlicher Termin für diese Veranstaltungen noch nicht fest steht.

## Kabinettsitzung heute nachmittag.

Berlin. (Hauptstadt.) Wie rummehr bekannt, wird die für heute nachmittag angeordnete Kabinettsitzung am Nachmittag nach 5 Uhr zusammengetreten. Für 5 Uhr ist eine besondere Ministerbesprechung über die politische Lage angesetzt. Das Kabinett wird sich, wie bereits wiederholt angekündigt, vor allem mit den Fragen der Einzelkontingente und der Bewirtschaftung von Oelen und Fetten beschäftigen.

In diesem Zusammenhang wird gegenüber den Meldungen über eine Reise des Reichsfinanzlers nach München am morgigen Sonntag erklärt, daß der Reichsfinanzler morgen mittags an der Rundschau anlässlich des Volkstrauertages in der Staatsoper teilnehmen wird. Ob der Reichsfinanzler dann am Nachmittag nach München fliegen wird, ist an amtlicher Stelle nicht bekannt. Es könnte sich dann aber lediglich um eine Reise aus rein persönlichen Gründen handeln. Reinesfalls trifft es zu, daß der Reichsfinanzler sich in die bayerischen Regierungsverhandlungen einschalten wird.

## Ein Brief v. Winterfelds an den Reichsanzeiger

\* Berlin. Dr. v. Winterfeld, der stellvertretende Vorsitzende der DVP, hat an den Reichsanzeiger Dittler folgenden Schreiben gerichtet:

„Es lauten von verschiedenen Stellen Nachrichten ein, aus denen hervorgeht, daß über die amtlichen Befugnisse einzelner Reichskommissare Unklarheiten vorhanden sind. Andere Meldungen besagen, daß trotz der von Minister Göring ergangenen Warnung mancherorts nicht beamtete Organe politischer Organisationen Maßnahmen treffen, die, wie Verhaftungen, Hausdurchsuchungen, Suspensionen von Beamtenfunktionen nur von Trägern der Reichs- und Staatsgewalt ausgeübt werden dürfen. In der Ueberzeugung, daß Sie selbst und die gesamte Reichsregierung und die kommissarische Preußenregierung sowie alle hinter der Regierung stehenden nationalen Parteien und Verbände in dem Wunsch übereinkommen, daß die gegenwärtige am 10. Januar eingeleitete nationale Staatsumwälzung in den Rahmen der Disziplin und der Gehörlichkeit verlaufen soll, bitte ich Sie, Maßnahmen der zuständigen Reichs- und Staatsstellen zu veranlassen, die eine solche Entwicklung sicherstellen. Auch von der Deutschnationalen Volkspartei wird der Uebergang aller maßgebenden Amtsfunktionen im Reich, in den Ländern und in der gesamten Selbstverwaltung in die Hand von Vertretern nationaler Staatsanstellung als unbedingt erforderlich angesehen. Das Ansehen des nationalen Staates in der Gegenwart und in der Zukunft verlangt jedoch, daß dieser Uebergang sich in Formen vollzieht, deren Gehörlichkeit keiner Anweisung unterliegen darf. Reichspräsident, Reichsregierung und kommissarische Staatsregierung sowie vom Reich eingeleitete staatliche Organe sind diejenigen Stellen, die allein das Recht beanspruchen dürfen, in die Tätigkeit staatlicher und kommunaler Stellen einzugreifen. Vertreter der nationalen Parteien und Verbände können keinesfalls an ihrer Stelle mit rechtsverbindlicher Folge handeln. In der Aufsicht, daß Sie, sehr verehrter Herr Reichsanzeiger, den unerschütterlichen Charakter des Reichstaates, wie ihn das alte Preußen Friedrichs des Großen bereits gezeigt und wie ihn Reich und Staat vor der Novemberrevolution darstellten, zu verhängen entschlossen sind, bitte ich Sie, die unerlässlichen Maßnahmen anordnen zu wollen.“

## Gegen die Korruption

Reichsminister Dr. Hugenberg sprach über die deutschen Sender zu den preussischen Kommunalwahlen und erklärte dabei, daß die Regierung binnen kurzem eine Verfügung erlassen werde, die in weitestem Maß den bisher bestehenden Korruptionsmöglichkeiten in den Gemeindevertretungen den Boden entzieht; damit werde der erste Schritt zur Säuberung der Selbstverwaltungskörperchaften getan sein. Eine der ersten Aufgaben werde sein müssen, den Gemeinden und Kreisen eine Erleichterung ihrer schweren Schuldenlast zu bringen. Nur eine allgemeine Zinskonversion, auch bei den Anteilen, die die Träger der Selbstverwaltung aufgenommen haben, könne die Gemeinden in die Lage versetzen, ihre Schulden zu verzinsen und allmählich abzuzahlen.

Berlin. (Hauptstadt.) Die gestrigen Ausführungen des Reichsministers Dr. Hugenberg im Rundfunk über die Schuldenregelung bei Gemeinden und Kreisen haben in der Öffentlichkeit zu Mißverständnissen geführt. An zuständiger Stelle erklärt man, daß diese Mißverständnisse nicht verständlich seien. Wie wiederholt schon dargelegt, sind zwangsmaßnahme Eingriffe nicht beabsichtigt. Daß eine Regelung der auswärtigen Schulden erfolgen muß, ist schon wiederholt ausgesprochen worden. Ebenso liegt es auf der Hand, daß eine Schuldenregelung der überlasteten Gemeinden dringend notwendig ist.

## Reichsminister Goering

sprach in den Ausstellungshallen in Essen auf einer großen Kundgebung über die Bedeutung der bevorstehenden Kommunal- und Provinziallandtagswahlen. Die deutschen Gemeinden, führte der Minister aus, einst die Kraft des deutschen Volkes, sind zerstört und vernichtet, mit Schulden überlastet. In den Gemeinden hat sich zuerst die Korruption in der übelsten Art gezeigt. Er habe dem Staatsministerium eine Verordnung eingebracht, die er Antikorruptionsverordnung genannt habe, und die bezweckt, daß er Betrüger und Bonzenwirtschaft, der Pfandenherrschaft etc. ein Ende gemacht werde. In Zukunft werde es für manche Oberbürgermeister und Magistratsbeamte etwas schwer sein; sie müssen eine andere Tätigkeit für ihre nähere Verwandtschaft ausfinden, weil es in Zukunft nicht mehr möglich sein wird, die Pfunde an eigene Bonzen bis ins letzte Glied zu verteilen. Wenn heute diese Bonzen lebten, sie hätten wohlverordnete Rechte und bestesfalls könnten sie mit vollem Gehalt beurlaubt werden: Nein! Wie werden dem Reichstag ein Gesetz

# Zum Regierungswechsel in Sachsen.

|| Dresden. Zum Regierungswechsel in Sachsen schreiben die „Dresdner Nachr.“ unter anderem folgendes: Daß es zu der Einsetzung des Polizeikommissars in Sachsen kam, ist am wenigsten Schuld der zurückgetretenen Regierung. Ursache dafür ist vielmehr die revolutionäre Umwälzung des Volkswillens im ganzen Reich, die eine einheitliche Leitung im Sinne der Reichsregierung gerade in diesen Tagen des Uebergangs notwendig machte. Schuld jedoch an der unvermeidlich gewordenen Veränderung der Regierungszustände in Sachsen trägt vor allem der Landtag, der infolge der Starrköpfigkeit der zwei kleinen Gruppen der Staatspartei und der Volksnationalen nicht in der Lage war, eine politisch-parlamentarische Regierung zu bilden. — Wie der weitere Gang der politischen Entwicklung in Sachsen sein wird, läßt sich jedoch erst sagen, wenn Klarheit darüber geschaffen worden ist, ob und wann es zu einer Auflösung und Neuwahl des Landtages, dessen Einberufung vorläufig untersagt ist, kommen wird. In diesem Zusammenhang ist es ein Gebot schlichtester Dankbarkeit, der Leistungen des zurückgetretenen Kabinetts Schick mit Anerkennung zu gedenken. In besonderem Dank aber wird die nationalsozialistische Bewegung Sachsens, vor allem auch der Nationalsozialismus, Schick verpflichtet sein. In einer Zeit, in der jede nationale Gesinnung in Preußen und in den süddeutschen Ländern von den schwarz-roten Koalitionen auf das erbitterteste bekämpft und unterdrückt wurde, konnte sich die nationale Bewegung in Sachsen frei und ungehindert entfalten und die nationale Presse sich offen zu ihren Grundgedanken bekennen. Auch die nationalsozialistische Abgeordneten des Landtages haben Schicks patriotische Haltung ebenso sehr Anerkennung gewährt, wie seine Verwaltungstätigkeit den uneingeschränkten Beifall eigentlich aller Parteien gefunden hat.

\* Dresden. In seinem Kommentar zum Regierungswechsel in Sachsen unterzeichnet der Dresdner Anzeiger: Aus der Bitte des Reichskommissars an Schick, im Amt zu verbleiben, geht hervor, daß das Reich der sächsischen Regierung die nationale Gesinnung, den guten Willen und die bisherige erfolgreiche Tätigkeit wohl ausbiligt, daß es also nicht gegen Sachsen, sondern für die Einheitlichkeit der Reichs- und Sachsenpolitik gehandelt habe, wenn es für die rasche Neugestaltung gesorgt habe. Andererseits zeichne es Schick menschlich und politisch aus, wenn er sich entschlossen habe, mit den Männern zu gehen, mit denen er seit 1930

vertrauensvoll die Geschäfte gemeinsam geführt habe. Dabei sei das Ende dieser Regierung nicht ein Schritt der Gewalt, sondern die logische Folge der durch die Reichstagswahlen eingeleiteten Veränderung der Gesamtpolitik des Deutschen Reiches, in die sich Sachsen wie alle deutschen Länder einliefern mußte. — Namen wie Klinger, Hartmann und Kluge, so führt das Blatt fort, gäben die Gewähr dafür, daß die Ruhe und Sicherheit in Sachsen gesichert und auf allen Gebieten die Einleitung der im Sinne der Reichsregierung zu führenden Politik gewährleistet sei.

## Dresdens neuer Polizeipräsident

Der Reichsbeauftragte für Ordnung und Sicherheit in Sachsen, von Klinger, hat angeordnet: Polizeihauptmann Hille wird mit sofortiger Wirkung vorläufig mit der Führung der Geschäfte des Polizeipräsidiums Dresden beauftragt.

Vom Presseamt des Polizeipräsidiums Dresden wird folgender Erlaß des kommissarischen Leiters des Polizeipräsidiums veröffentlicht:

„Der Reichsbeauftragte für Ordnung und Sicherheit für das Land Sachsen hat mit unter dem heutigen Tage vorläufig mit der Führung der Geschäfte des Polizeipräsidiums Dresden beauftragt. Ich übernehme die Geschäfte hiermit und werde mein Amt im Sinne der mir gegebenen Richtlinien zum Wohle unseres Vaterlandes führen. Ich bitte die Beamtenschaft, mich hierin nach jeder Richtung zu unterstützen.“

Der Stellvertreter des Polizeipräsidenten bleibt Herr Oberregierungsrat Dr. Pfotenhauer. Er wird seine Dienstgeschäfte im bisherigen Umfang weiterführen. Ebenso liegt die Leitung der Schutzpolizei nach wie vor in den Händen des Herrn Polizeioberst Weismann. Hinsichtlich der Geschäfte des Polizeipräsidiums als Landesstriminalamt ist der Stellvertreter des Polizeipräsidenten wie bisher Herr Oberregierungsrat Dr. Jischke. Die Leitung des Kriminalamtes hat weiter Herr Oberregierungsrat Dr. Walter.

Der kommissarische Leiter des Polizeipräsidiums Dresden geg. Hille.

# Schweres Erdbeben in Tia Juana

### Bisher 121 Tote und 4000 Verletzte geborgen.

|| Tia Juana (Mexiko). Ein schweres Erdbeben hat Tia Juana heimgesucht.

|| Los Angeles. Ueber das Erdbeben in Kalifornien werden noch folgende Einzelheiten gemeldet: Die Erdstöße, die sich in nordöstlicher Richtung bewegten, dauerten mehrere Minuten. Gebäude aller Größen und Stärken gerieten ins Schwanken. Materialschutt waren auf den breiten Straßen von Los Angeles sofort sichtbar, so daß der Straßenbahnverkehr eingestellt werden mußte. Die Menschen rannten, von panischem Schrecken ergriffen, zu Tausenden auf die Straßen. In verschiedenen Vierteln der Stadt ging das Licht aus, und die Feuerlöscher gingen kaputt. Mehrere Personen wurden unter den Trümmern des eingestürzten alten Handelshausgebäudes herbeigeholt und ins Krankenhaus gebracht. Auch in Hollywood verurteilten die Erdstöße Schäden. Hunderte von Mitarbeitern mit ihren Direktoren und den Filmstars liefen auf die Straßen, als der Stud von den Wänden der Filmstudios herabfiel. Die Kundfunkanlagen haben alle ehemaligen Seesängergehörten zur Teilnahme an Notstandsarbeiten im Erdbebengebiet aufgefordert. Die meisten Verletzungen sind durch einfallende Dächer hervorgerufen worden. Zwei Tanks der Union Oil Company sollen in San Pedro in Flammen stehen. Von Wilmington aus kann man ein ungeheures Feuer im Geschäftsviertel von Long Beach erkennen. Ein geringeres Feuer wird aus dem Petroleumdistrikt von Long Beach berichtet. Automobilen, die aus Long Beach in Wilmington eintrafen, berichteten, daß sie dort in den Straßen hätten Tote liegen sehen. In San Pedro soll der Teil der Pados Verbeugel, die bei der Redwood-Rütte gelegen sind, zusammengeknirscht sein. Eine ungeheure Staubwolke ist sichtbar. Prof. Einstein hatte gerade das California-Institut verlassen, als der Erdstoß erfolgte. Er und die Studenten sind in Sicherheit.

## Panik im Erdbebengebiet.

|| Los Angeles. Von den Erdbeben, von denen Südkalifornien heimgesucht wurde, war das am 21.19 Uhr Passiert das schwerste. Jedes Erdbeben bestand aus einer Gruppe von Stößen. Große Gebäulichkeiten manften wiederholt in regelmäßigen Abständen 10 bis 20 Minuten lang. Zahlreiche Brände sind ausgebrochen, namentlich im südlichen Teil von Los Angeles und im Petroleumlager. Der Bevölkerung hat sich eine Panik bemächtigt. Sie irrt in völliger Verwirrung durch die Straßen. Auch einige größere Gebäude sind schwer beschädigt. Die Erdbebenzone umfaßt etwa 6000 Quadratmeilen. Sie ist als besonders erdbebengefährdet bekannt und hatte fast alle

vortragen, daß nicht nur ohne Denks verabschiedet werden kann, daß darüber hinaus gewisse Herren verpflichtet werden können, auch zurückzuzahlen, was sie zu Unrecht empfangen haben.

## Breukilcher Landtag am 22. März.

\* Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, verabschiedeten die Kommissare des Reiches in ihrer Freitagssitzung eine Verordnung über die weitere Durchführung der Verwaltungsreform, sowie eine Verordnung über Einberufung des preussischen Landtags am 22. März.

## Das Reichsbanner in Bayern verboten.

München. (Hauptstadt.) Der Kommissar für das bayerische Staatsministerium des Innern hat mit Anordnung vom 10. März auf Grund der §§ 1 und 2 der Verordnung zum Schutze von Volk und Staat mit sofortiger Wirkung das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold mit sämtlichen Formationen, einschließlich Schwab, Eiserner Front und Sozialistische Arbeiterjugend mit sämtlichen Nebenorganisationen für das Gebiet des Freistaates Bayern verboten und aufgelöst. Das Tragen von Abzeichen und das zur Schau stellen von Symbolen und Fahnen der vorgenannten Verbände wird verboten. Vermögensgegenstände der verbotenen Organisationen sind bis spätestens 20. März an die Polizeidirektion abzuliefern. Jede Unterstützung der verbotenen Organisationen mit Rat und Tat, sowie jeder Versuch der organisatorischen Weiterführung derselben ist verboten.

75 Jahre ein großes Weben. Das letzte hat sich 1857 ereignet. Die Flotte, die zum großen Teil vor San Pedro lag, dampfte am frühen Abend in Richtung Long Beach ab, wo sie heute früh erwartet wird. Dann sehen etwa 25.000 Matrosen zur Hilfeleistung zur Verfügung. Eine drohende Meldung, die in San Diego von Long Beach aufgeflogen wurde, demerkt, daß die ganze Küste in Flammen zu stehen scheint. 62.000 Gebäude sollen in Long Beach zerstört worden sein. Automobile sind in den Straßen unter dem Schutt begraben. In vielen Dörfern, in der Hauptstadt zwischen Los Angeles und seinen 20 Meilen entfernt liegenden Hafenstädten, sind Feuer ausgebrochen. Die Polizei teilt mit, daß 500 Tote allein in Long Beach zu verzeichnen sind. Die Polizei hat drahllos mindestens 100 Verletzte und Schwerverwundete angefordert. 800 Soldaten sind schleunigst nach den Erdbebendistrikten entsandt worden.

|| New York. Die Frau des ehemaligen Präsidenten Hoover befindet sich in Los Angeles. Hoover hat bisher vergeblich versucht, mit ihr telefonische Verbindung zu erhalten.

|| Washington. Präsident Roosevelt hat Maßnahmen angeordnet, um den in Mitleidenschaft gezogenen Gebieten in Kalifornien Staatshilfen anzudeuten zu lassen.

|| Los Angeles. (Hauptstadt.) Die Erdbebenkatastrophe der letzten Nacht ist die schwerste, die sich bisher in Kalifornien ereignet hat. Ganz Südkalifornien ist in Mitleidenschaft gezogen. Am größten ist die Zahl der Opfer in Long Beach. Es ist dort das Kriegsrecht proklamiert worden. Tausende von Marinelieutenanten und Matrosen verbleiben in den Straßen, wo die Einwohner mitten unter den Ruinen ihrer zerstörten Wohnstätten kampieren, den Patrouillendienst. Die Zahl der in Los Angeles und Long Beach geborgenen Toten beläuft sich auf 12 beziehungsweise 65, die der Verletzten auf 1000 beziehungsweise 3000. In anderen Städten wurden insgesamt 44 Verletzte geborgen. Im Krankenhaus in Los Angeles entstand bei den ersten Erdstößen eine Panik. Hunderte von Kranken flüchteten nach den Ausgängen, viele wurden ohnmächtig. Das Krankenhaus ist mit Verwundeten überfüllt. Weitere Verletzte warten noch auf ihre Unterbringung.

Präsident Roosevelt hat angeordnet, daß Meer und Marine an dem Hilfswerk in den vom Erdbeben betroffenen Gebieten teilnehmen. Nach den Aufzeichnungen der Erdbebenwarte in Pasadena muß sich der Herd des Webens im Ozean befinden, etwa in der Nähe von New York. Nach bisher allerdings noch nicht bestätigten Meldungen soll sich eine Sturmflut ereignet haben.

## Neubildung der württembergischen Regierung

\* Stuttgart. Die Verhandlungen über die Neubildung der württembergischen Regierung sind Freitag nachmittag zum Abschluß gekommen. Die bisherigen 3 Ministerien werden am 1. zumammgelegt. Als Staatspräsident und zugleich Innenminister ist der nationalsozialistische Landtagsabgeordnete Gauleiter Marx und als Kultusminister, der zugleich das Justizministerium verwalte, der Landtagspräsident Prof. Mergenthaler (NSDAP.) vorzusehen. Das Finanzministerium wird in den Händen des bisherigen deutschnationalen Finanzministers Dr. Dehlinger bleiben.

Der Landtagspräsident Prof. Mergenthaler hat den Landtag auf Sonntag nachmittags 15 Uhr zu einer Sitzung einberufen, in der die Wahl des Staatspräsidenten und die Neuwahl des Landtagspräsidenten vorgenommen werden soll.

## Luther wieder beim Reichsanzeiger.

|| Berlin. Am Freitag empfing Reichsanzeiger Dittler zum zweiten Male den Reichsbankpräsidenten Dr. Luther. Wie verlautet, wurde bei dieser Fortsetzung der Fühlungnahme zwischen Reichsregierung und Reichsbank die sachliche Politik des Notendank-Instituts im einzelnen erörtert. An der Besprechung nahmen nur Dittler und Luther teil, sie dauerte etwa eine Stunde. Ueber den Inhalt der Aussprache wird von beiden Seiten strenge Vertraulichkeit gewahrt. Die D. N. S. glaubt aber zu wissen, daß entgegen den Mutmaßungen, die bereits einen Rücktritt des Reichs-